

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

23.6.1921 (No. 143)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptgeschäftsführer C. A. Menck, Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M 90 P; — Einzelnummer 25 P; — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingung, zwangsweiser Beibehaltung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Teuerung im Mai.

Von Dr. Ehrler-Freiburg.

Nach den vom Statistischen Reichsamt für 47 Gemeinden des Reichs angestellten Berechnungen ist die Reichsmehrziffer für die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Monat Mai dieses Jahres um weitere 14 Punkte, auf 880 zurückgegangen. Damit ist sie ungefähr wieder auf dem Stand der Monate Oktober bis November 1920 angelangt, nachdem im Januar 1921 der Höhepunkt mit 924 erreicht war. Gegenüber diesem Höchststande haben sich die von der Teuerungstatistik erfaßten Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnungsmiete um 4,8 v. H. ermäßigt. Die Abwärtsbewegung der Indexziffer wurde hauptsächlich wiederhergestellt durch Preisrückgänge für Fette, Süßfrüchte, Rindfleisch, Veringer und einige Gemüsearten; eine Steigerung haben dagegen die Preise erfahren für Eier, Milch, Kohlen und die durch die Kohlenpreise beeinflussten Leuchtmittel.

Die Teuerungstatistik im Reich legt ihren Erhebungen einen nach Art und Menge genau umschriebenen Kreis wichtiger Lebensmittel (Normalration) für eine aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehende Familie zugrunde. Außer Lebensmitteln werden die für Heizstoffe und Leuchtmittel erforderlichen Kosten und der monatliche Mietpreis für eine Wohnung mit 2 Zimmern und Küche in die Berechnungen eingeleitet. Die Teuerungszahl bezeichnet den Kostenbetrag, der für die erwähnten Lebensbedürfnisse monatlich aufzuwenden ist. Sie kann aber keineswegs als Maßstab für den Mindestlebensaufwand, als Existenzminimum angesehen werden, da die Ausgaben für wichtige Lebensbedürfnisse (Bekleidung, Schuhwerk, Haushaltungskosten usw.) von der Teuerungserhebung nicht erfaßt werden. Die Teuerungszahlen sind lediglich Maßzahlen, die einen Überblick über die Bewegung und Entwicklung der Teuerungsverhältnisse ermöglichen.

Die folgende Zusammenstellung zeigt, wie sich die Teuerungsverhältnisse in den größten Städten Süddeutschlands seit Februar 1920 und im Vergleich mit den Verhältnissen der Vorkriegszeit entwickelt haben.

Teuerungszahl und Verhältniszahlen für 11 Städte nach den Erhebungen von Februar 1920 bis Mai 1921. (Auszug aus der vom Statist. Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, Jahrg. 1921, Nr. 5.)

Städte	Teuerungszahl 3. 10. 18 in 1000	Durchschnittsteuerungszahl 1913/14	Teuerungszahlen (in Markt) für					Verhältniszahlen mit Bezug auf 1913/14 (die Teuerungszahl von 1913/14 ist = 100 gesetzt)				
			Febr. 1920	Apr. 1920	Jun. 1920	Aug. 1920	Ok. 1920	Febr. 1921	Apr. 1921	Jun. 1921	Aug. 1921	Ok. 1921
Frankfurt a. M.	433,0	103,49	784	1007	1008	941	758	973	974	909		
München	630,7	106,84	562	925	886	913	526	866	829	855		
Köln	352,7	94,50	547	936	941	851	579	990	996	901		
Augsburg	154,6	90,53	430	835	789	810	475	922	872	895		
Zürich	90,7	97,00	622	921	934	1040	641	949	963	1072		
Stuttgart	309,2	103,72	580	890	891	882	559	858	859	850		
Leipzig	44,0	94,41	504	830	823	835	534	879	872	884		
Mannheim	229,6	98,59	580	950	903	893	602	985	937	926		
Karlsruhe	136,0	96,39	654	920	850	904	678	954	882	938		
Freiburg	87,9	108,00	499	970	830	812	462	898	768	752		
Darmstadt	82,4	86,85	658	867	876	847	758	998	1009	975		

Wie die vorstehende Übersicht zeigt, ist die Entwicklung der Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Städten außerordentlich verschieden; die Bewegung vollzieht sich wellenförmig. Dabei muß allerdings in Betracht gezogen werden, daß die Grundlage der Berechnung der Teuerungszahl für die Vorkriegszeit für jede Stadt verschieden ist und zufällige örtliche Umstände in der Lebensmittelversorgung sowohl in den Ausgangsjahren, als auch jetzt eine große Rolle spielen.

Während sich schon im Februar 1920, jenem verhältnismäßig noch billigen Monat, die Lebenshaltungskosten um das fünf- bis nahezu achtfache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert hatten, hat die Teuerung im Oktober weiter zugenommen, um am Anfang dieses Jahres in den meisten Städten ihren Höhepunkt zu erreichen. Seitdem hat sich unverkennbar eine Erleichterung geltend gemacht. Geführt von den ausländischen Einfuhrlebensmitteln, die durch den beständigen Preisrückgang in den Erzeugungsgebieten in Mitteleuropa stark durch unsere in den letzten Monaten einigermaßen stabile Valuta beeinflusst wird, bröckelten die Preise für eine Reihe von Nahrungsmitteln nicht unerheblich ab. Aber immerhin erforderte die Ernährung im April d. J. nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts im Reichsdurchschnitt noch mehr als 11 1/2 mal so viel als vor 7 Jahren.

Dabei muß aber noch besonders hervorgehoben werden, daß die Verteuerung der Nahrungsmittel nicht unwesentlich gegenüber anderen Lebensbedürfnissen zurückbleibt. Die Ausgaben für die Bekleidung sind ungefähr um das 14-15- und für die Heizung und Beleuchtung um mehr als das 13-fache gestiegen. Die Gesamtmehrziffer, in der die Bekleidungs- und Ausgaben nicht eingerechnet sind und die jetzt im Reichsdurchschnitt eine knapp 8fache Verteuerung anzeigt, wird sehr stark durch den verhältnismäßig nur unerheblich gesteigerten Mietaufwand beeinflusst. Die Entlohnung der Teuerungszahlen in den größeren Städten des Reichs läßt die ganze Unruhe und Unstetigkeit der Preisbewegung und unseres Wirtschaftslebens erkennen.

Politische Neuigkeiten.

Die Lage in Oberschlesien.

In ihrer Antwortnote auf die deutsche Note vom 16. Juni über die Zustände in Oberschlesien erklärt die französische Regierung, sie habe die Ausschreitungen der polnischen Insurgenten von Anfang an verurteilt, könne aber das deutsche Verhalten gegenüber der Lage nicht als zureichend anerkennen. Die Note weist auf die von der interalliierten Kommission gemachten Anstrengungen zum Schutze von Leben und Eigentum hin, die schon oft von Erfolg gekrönt seien, und bemerkt, daß die interalliierten Regierungen Schritte unternommen haben, um die Freilassung von Geiseln zu erwirken, und daß die polnische Regierung den Aufftrag „nicht in dem Maße“ unterstützt habe, wie deutscherseits angenommen wird. Die deutsche Regierung habe ihre Beschwerde an die interalliierte Kommission zu richten. Die Haltung der deutschen Grenzschutzorganisation habe die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien erschwert. Die Haltung beider Parteien stelle eine Herausforderung der interalliierten Kommission dar. Es komme vor allem darauf an, durch Taten die Autorität der Kommission wiederherzustellen. Die deutsche Regierung verfüge über hinreichende Machtmittel, um den General Höfer zu bewegen, sich den Anordnungen der interalliierten Behörden zu unterwerfen. Allein durch die Unterwerfung aller unter die interalliierten Behörden könne die Ruhe in Oberschlesien wiederkehren.

Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ sind an der Stadtgrenze von Gleiwitz von den polnischen Insurgenten zwei junge Deutsche ermordet und mit Artzen fürchtbar zuge richtet worden. In Schönberg wurden die deutschen Bewohner mit Gummikugeln in furchtbarer Weise gemartert. Nach einer weiteren Meldung aus Gleiwitz wurden bei der Beerdigung des polnischen Stadtverordneten Wjessy sämtliche Stadtverordnete gezwungen, durch eine von den Insurgenten gestellte Ehrenkompanie in voller Waffenausrüstung hindurchzulaufen. Trotz des von den Franzosen erlassenen Verbotes, Waffen zu tragen, ließ diese die Verböhnung des Stadtverordnetenkollegiums ruhig geschehen.

Der neue Räumungsplan.

Den im Augenblick zwischen dem englischen General Gerner und General Höfer schwebenden Verhandlungen liegt nach einer Berliner T.-L.-Meldung ein vom General Höfer vorgelegter Plan zugrunde, wonach eine Einigung mit den Polen zustande kommt, wenn nach Unterzeichnung des Abkommens die Polen sich innerhalb 88 Stunden auf eine Linie zurückziehen, die im Kreise Lublinitz beginnt, die Stadt den Polen zuweist, dann nach Süden über Langentorf nach Preiskam führt, dann nach dem Industriegebiet abgeht, wovon auf deutscher Seite die Stadt Hindenburg verbleiben würde, ferner über Gleiwitz nach Westen abgeht, sodann südlich durch den Kreis Rumburg zur polnischen Grenze bei Isowiska verläuft. Falls sich der deutsche Selbstschutz überzeugt, daß diese Linie von den Insurgenten eingenommen ist, ist er bereit, sich feinerseits zurückzuziehen und zwar in zwei Gruppen, von denen die eine nördlich von Wischau beginnt, Kreuzburg in deutschem Besitz läßt und über Tule verläuft, die andere Zone führt über Oberglogau und Bauerwitz und endigt an dem Huldshainer Ländchen. Die Polen fahren fort, das ganze Gebiet zu räumen, was in sieben Tagen geendigt sein muß. Dann wird auch der deutsche Selbstschutz die von ihm besetzten Gebiete in derselben Zeit räumen. Der Zwölfter Ausschuß hat sich mit diesem Plane unter der Zustimmung der Erziehung einer zentralen Polizeigewalt durch die Interalliierte Kommission und Beseitigung aller durch Korruption eingeleiteten Behörden einverstanden erklärt. Der Plan liegt auch der Interalliierten Kommission zur Beschlußfassung vor.

Deutschen-Programme in Bromberg.

In Bromberg ist es wiederum zu schweren Ausschreitungen gegen die ansässigen Deutschen gekommen. Zahlreiche Läden wurden geplündert. Deutsche wurden schwer mißhandelt, verwundet und beraubt. Zahlreiche Verhaftungen Deutscher sollen vorgekommen sein. Die Zeitungen gelangen nicht über die Grenze; auch die in deutscher Sprache erscheinenden Danziger Zeitungen wurden in den letzten Tagen an der polnischen Grenze beschlagnahmt. In dem Bromberger Deutschen-Programm scheint System zu liegen. Sie werden nicht etwa von der ansässigen polnischen Bevölkerung ausgeführt, sondern von Elementen, die aus Kongresspolen herübergekommen sind.

Die neuen Steuern.

In der gestrigen Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates sprach der Reichszentralrat Dr. Wirth über die Fragen der Deckung der aus dem Ultimatum erwachsenen Verpflichtungen. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Deckung zu geben, schilderte der Reichszentralrat die Gesichtspunkte, die zurzeit in Arbeit sind und bis zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Genannt wurden: die Zuckersteuer, die Einführung des Süßstoffmonopols, die Änderung des Branntweinmonopols, die neue Körperschaftsteuer, die Kennwertsteuer, Leuchtmittelsteuer und Zinswarensteuer, Zigarettensteuer, Biersteuer, Mineralwassersteuer. Die Entwürfe wurden sämtlich vom Kabinett genehmigt. Geplant ist die Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuererhöhung und Kraftfahrzeugsteuer. Eine Regelung der Zölle, namentlich auf Kaffee, Tee, Kakao und der Fertigerzeugnisse sei vorgesehen. Besprochen wird z. B. die Frage der Erhöhung der Kohlensteuer, deren wirtschaftliche Folgen vorher eingehend geprüft werden müßten. Der Reichszentralrat sagte zu, am 23. d. M. eine umfangreiche Darstellung der Pläne der Reichsregierung mit ausführlichem Zahlenmaterial zu geben, die dann der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Der Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Körperschaftsteuergesetzes wurden vom Reparationsausschuß dem Reichswirtschaftsrat nach längerer Erörterung überwiesen.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

Das Reichsfinanzministerium hat eine Verordnung über die Stundung der vorläufigen Einkommensteuer vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1921 erlassen. Durch die beschlossene Neuregelung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn wird künftig die Einkommensteuer vom Arbeitslohn nicht mehr veranlagt werden, sondern als getilgt gelten, wenn der Lohnabzug vorchriftsmäßig bewirkt ist. Zur Vorbereitung dieser Neuregelung hat das Reichsfinanzministerium jetzt folgendes bestimmt:

1. Auch ohne daß es eines Antrages bedarf, wird die für das Rechnungsjahr 1921 geschuldete vorläufige Einkommensteuer vom Arbeitslohn einstweilen gestundet, a) wenn das Gesamteinkommen nur aus Arbeitslohn besteht und 24 000 M. nicht übersteigt, in voller Höhe, b) wenn das Gesamteinkommen außer aus Arbeitslohn aus sonstigen Einkommen besteht und 24 000 M. nicht übersteigt, in Höhe des Betrages, der 10 v. H. des sonstigen Einkommens übersteigt, c) wenn das Gesamteinkommen 24 000 M. übersteigt, in Höhe von 10 v. H. des Arbeitslohnes.

2. Steuermarken, die für einen nach dem 31. März 1921 bezogenen Arbeitslohn in den Steuerarten eingelebt und entwertet sind, sind auf die für das Rechnungsjahr 1920 geschuldete endgültige und auf die für das Rechnungsjahr 1921 geschuldete vorläufige Einkommensteuer nicht mehr anzurechnen. Das gleiche gilt für die Beträge, die für einen nach dem 31. März 1921 bezogenen Arbeitslohn einbehalten und unmittelbar an die Finanzkasse überwiesen sind.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Sitzung erklärte zunächst Arbeitsminister Dr. Brauns, die Interpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis in den ersten Tagen der nächsten Woche beantworten zu wollen, nachdem die gerichtliche Untersuchung des preussischen Handelsministeriums abgeschlossen ist. Der Minister knüpft daran den Ausdruck des Mitleids für die Hinterbliebenen der Opfer.

Dann werden ohne Debatte die Novelle zur Reichsversicherungsordnung, das Gesetz über Abwicklung der Kriegsgesellschaften und das Fernsprechgesehengesetz verschiedenen Ausschüssen überwiesen. Das Mietsteuergesetz wird debattelos in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Beratung angenommen. Die Gesamtabstimmung wird verlagert, weil es sich bei der Mietsteuer um eine Verfassungsänderung handelt, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Der Gesetzentwurf über den Volksentscheid wird ohne wesentliche Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Um 2 Uhr folgt die namentliche Abstimmung über das im Anschluß an die gestrige Beamtinneninterpellation eingebrachte deutschnationale Misstrauensvotum gegen das Kabinett Dr. Wirth.

Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Abgegeben sind gegen den Antrag, also für das Kabinett, 210 Stimmen, für den Antrag 67 Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 45 Abgeordnete. Der Antrag ist also abgelehnt. Abg. Mattner (Komm.) erklärt zu der Abstimmung, die Kommunisten hätten mit ihrer Zustimmung zum Misstrauensvotum keineswegs die demagogische Parteinagitation der Deutschnationalen unterstützen wollen. (Gelächter links.)

Hierauf wird das Mietsteuergesetz mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues wird in zweiter und dritter Lesung debattelos angenommen, dazu eine Entschließung, wonach die Industrie entschädigt werden soll.

Der Gesetzentwurf über den Waffengebrauch des Grenzsicherungspersonals wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung sozialdemokratischer und unabhängiger Abschwächungsanträge in der Ausschlußfassung angenommen.

Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wird in 2. Lesung in der Ausschlußfassung angenommen.

Der Gesetzentwurf über eine erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Inzwischen ist der zu Beginn der Sitzung eingebrachte Antrag Agnes und Gen. (M.S.) im Haus verteilt worden, wonach sofort eine Kommission aus Mitgliedern des Reichstages zur Untersuchung des Unglücks auf Besse Mont Genis (Weißalen) eingesetzt werden soll. Es entspinnt sich darüber eine recht lebhaft ausgeführte, die hier und da zu lärmenden Zwischenrufen führt, die sich mit dem Ernst des Gegenstandes nicht vertragen. Der Antrag der Unabhängigen findet 198 Unterschriften, welche verfassungsmäßig zur Bildung des Untersuchungsausschusses ausreichen.

Nächste Sitzung: Donnerstag den 23. Juni.

Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung stellte die Verteidigung den Antrag, mehrere ärztliche Sachverständige darüber zu laden, daß der Gutsbesitzer Hölz nur durch Gewehrschüsse, nicht durch Pistolenschüsse getötet worden ist, ferner den Kriminalinspektor Dr. Kopp über die Wertung der Aussagen der Frau Hölz zu vernahmen. — Die beiden aus Magdeburg noch geladenen Sippbeamten, die ebenfalls in die Gefangenenschaft der Hölzbande geraten waren, bestätigten im allgemeinen die Angaben ihrer bereits vernommenen Kameraden und schildern ihre Erlebnisse während der Gefangenenschaft, so wie die Vorzügen es getan haben; insbesondere berichten sie über die schweren Mißhandlungen, die sie zu erdulden hatten. — Angekl. Hölz: Ich wußte, in demselben Augenblick, als vorgelesen beschloffen wurde, eine einjährige Verhandlungspause einzutreten zu lassen, daß die Zeugen sich untereinander verständigen würden, daß sie sich heute nicht gegenseitig belasteten. — Vorl.: Die einjährige Verhandlungspause ist auf Wunsch Ihrer Verteidiger gemacht worden. — Es folgt nun die Beratung über den Antrag der Verteidiger. Nach deren Abschluß verkündet der Vorsitzende: Der Antrag, den Kriminalinspektor Kopp als Sachverständigen über die Zeugenaussagen der Frau Hölz zu vernahmen, wird abgelehnt.

Hölz (unterbrechend): Natürlich, damit der Schwindel nicht herauskommt! Ihr Blutrichter! Ihr Brüder habt ja bloß Angst! — Vorl. (in höchster Erregung): Ruhe! Wenn Sie sich nicht endlich vernünftig benehmen, lasse ich Sie fesseln. Sie sind ein ganz unverständiger Kummel! — Angekl. Hölz (die Hände hinhaltend): Bitte tun Sie das hier, lassen Sie mich fesseln und befehlen Sie auch gleich den Scharfrichter!

Die Verteidiger protestieren nun gegen die Ablehnung ihres Antrages und machen dazu allerlei Ausführungen. Der Staatsanwalt bemerkt, es sei doch nicht angängig, daß ein Kriminalkommissar, also ein Organ der Staatsanwaltschaft, hier als Sachverständiger vernommen werden soll und gemißtraue in die Lage gebracht wird, über seinen Vorgesetzten, den Staatsanwalt, ein Urteil abzugeben. — Angekl. Hölz (brüllend): Es lebe das revolutionäre Proletariat! — Vorl. (mit sehr lauter Stimme den Angeklagten noch überhörend): Halten Sie den Mund! — Führen Sie den Angeklagten ab! rufft der Vorsitzende dann den bei der Anklagebank postierten Schutzpolizisten zu. Diese wollen nun den sich sträubenden und schimpfenden Angeklagten nach dem Gefängnisgang im Hintergrund der Anklagebank drängen. Da springen die Verteidiger von ihren Sitzen auf, einer von ihnen ruft: „Jetzt wird er mißhandelt! Jetzt geht es los!“ Mit fliegenden Hosen hümmen sie aufgeregt hinter den Polizeibeamten her nach dem Gefängnis. Auch der Staatsanwalt schließt sich an.

Unter allgemeiner Aufregung wird dann der Verhandlungssaal geräumt. Es tritt eine einstündige Pause ein.

Über den Ausgang des Prozesses wird telegraphisch gemeldet:

Nach etwa einstündiger Beratung erkannte das Gericht gegen Hölz wegen Hochverrat in Tateinheit mit versuchtem vollendetem Totschlag, wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und wegen der übrigen zahlreichen Vergehen zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Hölz verließ den Saal unter dem Rufe: „Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache! Sie sind hier die Zuhälter der Justiz!“

Der Fall Gareis im bayerischen Landtag.

Der bayerische Landtag beschäftigte sich gestern mit der Interpellation der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten wegen der Ermordung des Abg. Gareis. Die unabhängige Interpellation wurde dem Abg. Neumann begründet, der den politischen Mord geisterte. Ministerpräsident v. Kahr sei offenbar nicht imstande, sein Versprechen, allen Staatsbürgern freie Betätigung zu sichern, einzulösen. Verurteilenswert sei die Art, wie Gareis von rechtsstehenden Blättern mit Schmutz beworfen worden sei. Man siehe jetzt unter der Diktatur schwarz-weißer

rot kostümierter mit dem Papstkreuz in der Fahne. Die Arbeit werde nicht geleistet, wenn man mit Gewalt erzwinge. Den politischen Parteien aber, die eben aus dem politischen Generalstreik kommen, in den sie selbst die lebenswichtigen Betriebe hineinzuziehen suchten und dieses Kampfmittel überhaupt erst zur politischen Kampfmethod erhoben haben, siehe es schlecht an, über die Regierung deswegen Klage zu führen, weil sie es nicht vermocht habe, die Kampfmethoden der rechtgerichteten Ultras zu verbessern. Bessere politische Erziehung und Verbreitung höherer politischer Kultur ist es, so sagt der Ministerpräsident, die wir brauchen. Dann wird auch das gegenseitige Mißvertrauen zwischen Nord und Süd, zwischen Reichspolitik und bayerischer Politik, verschwinden. Denn seine tiefste Ursache liegt doch im mangelnden Verständnis dafür, daß die politischen Verhältnisse der Staaten in erster Linie bedingt sind durch ihre wirtschaftliche und soziale Struktur. Diese ist aber in Bayern eine andere als im Reich und in gewissen politischen besonders einflussreichen Teilen des Reiches. Diese Verschiedenheit bedingt auch eine Verschiedenheit der Politik hier und dort die sich praktisch darin ausdrückt, daß in Bayern immer eine im Grunde stärker nach rechts gerichtete Politik getrieben werden wird als dies im Reich der Fall ist. Man braucht nur die berufliche Gliederung der Bevölkerung dort und hier an Hand der statistischen Zahlen sich zu vergegenwärtigen um sich von diesen tieferen Zusammenhängen zu überzeugen. Würde man sich diesen grundlegenden Unterschied immer vergegenwärtigen so würde manche verbitternde Kritik unterbleiben oder doch milder ausfallen, als dies in letzter Zeit der Fall gewesen ist, und zwar sowohl im Süden als im Norden. Man würde dann insbesondere im Reich mehr als dies bisher der Fall ist, erkennen, daß kein anderes Land größere Opfer dem Reich und dem Gedanken der nationalen Einheit gebracht hat und fortwährend bringt, als Bayern, und man würde sich namentlich in untauglichen Kreisen hüten, Bayern mehr zuzumuten, als nach der Eigenart seiner Verhältnisse und nach den Zielen, die es unternimmt festhalten muß, wenn es sich als Staat nicht aufgeben will, was es niemals tun wird, erträglich ist. Dann erwarten wir nicht für unsere Opfer, aber wir verlangen, daß aus das freudige Festhalten am Reich nicht schwerer gemacht wird als es unbedingt notwendig ist. Die Regierung wird diese von ihr festgelegte Linie mit aller Festigkeit und Unparteilichkeit einhalten. Sie vertraut vor dem gesunden Sinn unseres Volkes in allen seinen Schichten, daß es dem Radikalismus von links und von rechts kein Gehör schenken wird, und richtet an alle, die guten Willens sind, die ernste Mahnung, mit ihr zusammen unter Zurückstellung aller Sonderwünsche, aller Klassen- und Parteigegegensätze dem Ziel zuzustreben, das allein Berechtigung hat, das Vaterland zu retten und der Not und dem Glend zu steuern, in das wir a! Volk und als Nation geraten sind, und in ihm zu versinken drohen, wenn wir nicht alle zu einträchtigem Handeln uns verbinden. (Starker Beifall bei den Koalitionsparteien.)

Die Interpellation der Mehrheitssozialdemokraten, in der die Regierung aufgefordert wird, dem Zustand der Rechtsunsicherheit in Bayern ein Ende zu bereiten, begründet der Abg. Sängler, der dabei erklärte, daß seine Partei wohl bereit wäre, die Forderungen aus dem parlamentarischen System zu ziehen und den auf sie entfallenden Anteil der Verantwortung in der Regierung zu übernehmen, daß sie aber die jetzige Regierung, sowie jede andere Regierung, die in der Folge der Beziehungen zum Reich und in kulturellen und wirtschaftspolitischen Fragen nicht einen anderen Weg einschlägt, bekämpfe. Auch dieser Redner erklärte, daß es sich bei dem Nord an Gareis um einen politischen Mord handle. Er richtete im Verlauf seiner Ausführungen sehr heftige Angriffe gegen die bayerische Justizverwaltung, an deren Spitze ein Mann stehe, dessen Partei dem ärgsten Antisemitismus huldige. Ministerpräsident v. Kahr habe oft von der Verführung der Massen gesprochen, aber mit negativem Erfolg. Das komme daher, weil die Regierung Kahr nicht mehr frei sei und die Geister, die sie rief, nicht mehr los werde.

Die Sitzung wurde hierauf auf Mittwoch, 9 Uhr vormittags verlag.

Zu Beginn der Mittwochssitzung nahm in Beantwortung der beiden sozialistischen Interpellationen Ministerpräsident v. Kahr das Wort. Er schiedte voraus, daß es seine Absicht sei, die Verhältnisse zu klären und durch Klärung zu verfahren.

Der Ministerpräsident wiederholte den Ausdruck schärfster Verurteilung der Mordtat. Die Staatsregierung habe selbst das allergrößte Interesse Nicht in das Dunkel dieses Verbrechens zu bringen. Aber ehe dies geschehen sei, bestche kein Recht, den Mord als politischen Mord hinzustellen, und noch weniger, ihn einer bestimmten politischen Richtung zur Last zu legen. Nicht allein die Gerechtigkeit, sondern schon die einfache politische Klugheit verbieten dies. Leider sei der Forderung der politischen Klugheit in den letzten Tagen in einem bedauerlichen Maße zuwidergegangen worden. Man habe, um die Arbeitermassen in Bewegung zu bringen, die Sache auch noch so hingestellt, als wenn die Tat dem Sozialisten und Arbeiterführer Gareis oder gar der Arbeiterbewegung als solcher gegolten hätte. Der Ministerpräsident zollt den Elementen der Arbeiterklasse Anerkennung, die sich von dem Generalstreik freizugehen haben. Es werde die Zeit kommen, wo das Wort des preußischen Ministerpräsidenten Gemeingut aller werden werde: Erst Deutscher, dann Parteimann; erst Deutscher, dann Arbeiter! Die parteipolitische Ausschaltung des Nordes habe auch zu einer maßlosen Hege gegen die Regierung geführt, der zum Vorwurf gemacht wurde, daß ihre Politik für das Verbrechen verantwortlich sei. Die gegenwärtige Regierung sei eine Regierung des Rechts und der Ordnung. (Beifall rechts, Lachen links.) Sie habe sich zur Aufgabe gemacht, mit Hilfe der bestehenden verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel die staatliche Ordnung wieder herzustellen und sie gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen möge, gerecht und fest zu schützen. Die Politik der Regierung sei von jeher von der Billigung und Unterstützung des weitaus größten Volksteils getragen. Dies gelte insbesondere auch von ihrer Stellung in nationalen Fragen.

Der Ministerpräsident erinnert daran, daß er schon bei früheren Gelegenheiten in programmatischen Erklärungen der Überzeugung Ausdruck gegeben habe, daß die Menschheit Frieden brauche, daß die Völker aufeinander angewiesen seien, daß Imperialismus, nationalstiller Chauvinismus und Gewaltpolitik die Welt ins Unglück gestürzt hätten. Die Regierung sei immer für Wahrung der nationalen Würde und für Erhaltung unserer nationalen Güter eingetreten, habe sich dabei aber immer von nationalstiller Chauvinismus ferngehalten. Für die Exzesse des nationalistischen Chauvinismus sei sie ebensowenig verantwortlich wie für den Mangel an nationalem Sinn und an nationaler Würde und für die Verhängungen, die in dieser Richtung verübt wurden. Gabe es keinen linksgerichteten antinationalen Radikalismus, so würde es auch keinen rechtsgerichteten nationalstilleren Radikalismus geben. Er sage dies nicht, um etwas zu entschuldigen, sondern er bemähe sich nur, die Zusammenhänge zu sehen, wie sie seien, und verurteile den rechtsgerichteten Radikalismus ebensowenig wie den linksgerichteten, weil beide nichts vorwärts bringen könnten, sondern nur neue Schwierigkeiten schaffen. Hierbei handle es sich um etwas, was weit mehr in das Gebiet der politischen Erziehung als in das der staatlichen Macht falle. Politische Kultur sei es in erster Linie, was hier in Frage stehe. Politische Erziehung sei aber vornehmliche Aufgabe der politischen Parteien. Solche Kultur-

arbeit werde nicht geleistet, wenn man mit Gewalt erzwinge. Den politischen Parteien aber, die eben aus dem politischen Generalstreik kommen, in den sie selbst die lebenswichtigen Betriebe hineinzuziehen suchten und dieses Kampfmittel überhaupt erst zur politischen Kampfmethod erhoben haben, siehe es schlecht an, über die Regierung deswegen Klage zu führen, weil sie es nicht vermocht habe, die Kampfmethoden der rechtgerichteten Ultras zu verbessern. Bessere politische Erziehung und Verbreitung höherer politischer Kultur ist es, so sagt der Ministerpräsident, die wir brauchen. Dann wird auch das gegenseitige Mißvertrauen zwischen Nord und Süd, zwischen Reichspolitik und bayerischer Politik, verschwinden. Denn seine tiefste Ursache liegt doch im mangelnden Verständnis dafür, daß die politischen Verhältnisse der Staaten in erster Linie bedingt sind durch ihre wirtschaftliche und soziale Struktur. Diese ist aber in Bayern eine andere als im Reich und in gewissen politischen besonders einflussreichen Teilen des Reiches. Diese Verschiedenheit bedingt auch eine Verschiedenheit der Politik hier und dort die sich praktisch darin ausdrückt, daß in Bayern immer eine im Grunde stärker nach rechts gerichtete Politik getrieben werden wird als dies im Reich der Fall ist. Man braucht nur die berufliche Gliederung der Bevölkerung dort und hier an Hand der statistischen Zahlen sich zu vergegenwärtigen um sich von diesen tieferen Zusammenhängen zu überzeugen. Würde man sich diesen grundlegenden Unterschied immer vergegenwärtigen so würde manche verbitternde Kritik unterbleiben oder doch milder ausfallen, als dies in letzter Zeit der Fall gewesen ist, und zwar sowohl im Süden als im Norden. Man würde dann insbesondere im Reich mehr als dies bisher der Fall ist, erkennen, daß kein anderes Land größere Opfer dem Reich und dem Gedanken der nationalen Einheit gebracht hat und fortwährend bringt, als Bayern, und man würde sich namentlich in untauglichen Kreisen hüten, Bayern mehr zuzumuten, als nach der Eigenart seiner Verhältnisse und nach den Zielen, die es unternimmt festhalten muß, wenn es sich als Staat nicht aufgeben will, was es niemals tun wird, erträglich ist. Dann erwarten wir nicht für unsere Opfer, aber wir verlangen, daß aus das freudige Festhalten am Reich nicht schwerer gemacht wird als es unbedingt notwendig ist. Die Regierung wird diese von ihr festgelegte Linie mit aller Festigkeit und Unparteilichkeit einhalten. Sie vertraut vor dem gesunden Sinn unseres Volkes in allen seinen Schichten, daß es dem Radikalismus von links und von rechts kein Gehör schenken wird, und richtet an alle, die guten Willens sind, die ernste Mahnung, mit ihr zusammen unter Zurückstellung aller Sonderwünsche, aller Klassen- und Parteigegegensätze dem Ziel zuzustreben, das allein Berechtigung hat, das Vaterland zu retten und der Not und dem Glend zu steuern, in das wir a! Volk und als Nation geraten sind, und in ihm zu versinken drohen, wenn wir nicht alle zu einträchtigem Handeln uns verbinden. (Starker Beifall bei den Koalitionsparteien.)

Ein späterer Bericht besagt:

Nachdem die Koalitionsparteien im Landtag eine gemeinsame Erklärung abgegeben hatten, in der sie die parteipolitische Ausbeutung des Nordes an Gareis verurteilten, sprachen für die Sozialdemokraten und Unabhängigen die Abgg. Adernann und Blumglück und der Kommunist Kenderl, die neue scharfe Angriffe gegen die Regierung richteten. Der unabhängige Redner erklärte, wenn noch ein Arbeiterführer befestigt würde, dann würden dafür drei auf der anderen Seite daran glauben müssen.

Dann sprach der Staatssekretär des Innern Dr. Schöpper, der während seiner Ausführungen durch die Linksparteien durch heftige Zwischenrufe fortwährend unterbrochen wurde, die den Präsidenten immer wieder zum Einsinken zwangen. In den Zwischenrufen wurde er ein „unverständiger Kerl“ genannt, mit dem „Ginauswerfen“ bedroht, als „frecher Hund“ bezeichnet usw.

Gierauf nahm das Wort der Justizminister Dr. Roth, der die Versuche der Linken zurückwies, die Justiz zum politischen Machtmittel zu benutzen und erklärte, daß die bayerischen Richter trotz aller Schmähungen und Drohungen sich von ihrer Gerechtigkeit und Unparteilichkeit nicht werden abbringen lassen.

Die Interpellationen der sozialistischen Parteien wurden schließlich für erledigt erklärt. Der Präsident beklagte aber noch den Tiefstand, der sich in den Verhandlungen gezeigt habe, und erklärte, wenn in Zukunft die Verhandlungen im Hause auf einen so niedrigen Stand gelangen sollten, wie er aus den Zwischenrufen, die heute besonders von dem Abgeordneten Kenderl gefallen sind, gehört habe, worin der Staatssekretär als ein Hund und unverständiger Kerl bezeichnet worden sei, würde das ein Mangel an Verständnis für die nötigen Anstandsregeln eines Volkes sein. Das Haus vertagt sich schließlich auf morgen.

Landestheater.

Abschiedsvorstellungen.

In der vorgestrigen Wiederholung des „Freischütz“, die zugleich als Nachfeier der 100jährigen Wiederkehr der ersten Aufführung des Werkes gedacht war, verabschiedete sich Frau Kott-Sajj in der Rolle der Aagthe vom hiesigen Publikum. Drei Jahre hat Edith Kott-Sajj unserer Bühne angehört, und in dieser nur zu kurzen Zeit unablässig fortwährender Entwicklung — wir dürfen es mit dankbarer Genugtuung aussprechen — dem Publikum in seiner Gesamtheit, insbesondere aber auch der berufsmäßigen Kritik, nur Stunden ungetrübten künstlerischen Genusses bereitet. In welcher Rolle sie auf die Bühne trat, ob als Aagthe, Kamina, Elisabeth, Sieglinde, Gutrun, Ecken, Margarete, als Amata in „Meister Guido“ oder als Gänsemagd in den „Königskindern“, als Denise in „François Villon“, als Wendela in der „Mauernsteiner Hochzeit“ oder als Myrtole in den „Toten Augen“ — stets wußte sie ein volles, echtes, von Leben und Roesie erfülltes Kunstwerk zu schaffen. Der Wohlklang und die Ausgeglichenheit ihrer Stimme, die Innigkeit und Befechtheit ihres Vortrags, der Adel und die Lieblichkeit ihrer Geste verschmolzen in jeder ihrer Gestalten zu wunderbarer künstlerischer Harmonie. Ihr Ausscheiden bedeutet einen der schmerzlichsten Verluste, die unsere Bühne seit vielen Jahren betroffen haben. Fast überflüssig, zu sagen, daß das nicht besetzte Haus der Künstlerin zum Abschied begeisterte Guldigungen darbrachte, für die Frau Kott-Sajj in schlichten, herzlichen Worten dankte.

In der gestrigen „Siegfried“-Aufführung trat Herr Josef Schöffel, der gleichfalls mit Ablauf der Spielzeit aus dem Verband des Landestheaters ausscheidet, zum letzten Male vor das Publikum. Stimmlich und darstellerisch trefflich disponiert, zeichnete er den Jung-Siegfried in seiner bekanntesten frischen, burlesken Art mit feinen und sympathischen Strichen. Auch Herr Schöffel hat sich in den Jahren seiner Tätigkeit in Karlsruhe zahlreiche Freunde erworben, war es ihm doch gegeben, in den meisten Rollen seines Faches gesanglich und darstellerisch hochwertige und eindrucksvolle Leistungen zu vollbringen. Es sei nur an seine Verkörperung eines Sigmund, Siegfried, Tannhäuser, Lohengrin, Parsifal, eines Meisters Guido oder Graf Andelo („Richardis“) erinnert, Darbietungen, an denen gewiß zuweilen Einzelheiten Kritik zu

üben war, die aber doch im ganzen von starkem künstlerischen Wollen und Können getragen waren, und die sich von einem zum andernmal vervollkommneten. So war es nur natürlich, daß auch ihm an seinem Abschiedsabend förmlicher Beifall und zahlreiche von Blumenpenden begleitete Hervorrufe zuteil wurden, durch die ihm seine Verehrer und Verehrerinnen ihren Dank zum Ausdruck brachten.

Die Brühlsche sang auch diesmal wieder, wie bei der letzten Aufführung Frau Lorenz-Söllischer mit hervorragender darstellerischer Plastik und Überzeugungskraft, prachtvoll leuchtender Stimme und erstaunlicher Sicherheit der geungewöhnlichen Technik. E. Riß.

Eine moderne Keramik-Ausstellung in Mannheim.

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Vor wenigen Tagen ist hier die 26. Ausstellung der „Freien Bundes zur Einbürgerung der bildenden Kunst“ in der städtischen Kunsthalle eröffnet worden. Der Grundgedanke der umfangreichen Schau liegt beschlossen in dem Willen zur Darstellung der künstlerischen Verwendungsmöglichkeiten von Porzellan und Majolika (Fajence) im Sinne neugeistlichen Kunst- und Lebensgefühls. Als Beispiel für eine derartige Bewertung des Porzellans wurde die „älteste Volkstheater Porzellanmanufaktur“ gewählt, welche durch das Wirken des bekannten Architekten Prof. Hans Poelzig in jüngster Zeit einen ganz erstaunlichen Impuls empfangen hat, einen Impuls, der keineswegs bloß revolutionierend gewirkt, sondern vielmehr eine neue Belebung der klassischen, mit dem Werkstoff sowie mit der Manufaktur verbundenen Stiltraditionen mit sich gebracht hat. Es handelt sich aber nicht um eine Neuauflage der bekannten Kleinfiguren und -Gruppen, sondern um umfangreiche Modelle, die Poelzig mit seinem Mitarbeiter Marlene Wächter unter Hinzuziehung des Künstlerabes der Manufaktur (einem Meißel, Storz, Craniß, Opyel usw.) für das sogenannte Porzellan-Palais auf der Leipziger Wiese entworfen haben und herstellen ließen. Der der Propaganda gediente, rein repräsentative Zweck erlaubte dem Künstler ein fast völlig freies Auswirken seiner Formensphantasien, das nur durch die rein technischen Möglichkeiten in der Werkstoffbehandlung und auch wohl durch die Gewohnheiten der Modellleure beschränkt war. Ursprünglich war von Poelzig ein großer Vorkursaal mit Vorkursaal, Kronleuchtern, Kandelabern,

Rischen usw. ganz aus Porzellan im Zusammenwirken mit veredelten Lichtquellen geplant. Diese Absicht konnte nicht verwirklicht werden, jedoch sieht man viele Einzelstücke, die ursprünglich der skizzierten Idee dienen wollten, heute in prächtiger, voller Zusammenstellung in den Schaufenstern der Mannheimer Ausstellung. Der Poelzigs Salzburger Entwurf kennt und mer die zauberischen Lichtwirkungen geahnt hat, die ihm im Berliner großen Schaufensterhaus vorgezeichnet haben, kann vermuten, was unter den Händen eines solchen Künstlers aus dem Porzellan werden mußte, wie hier die überlieferten Rokokoformen — den stärkeren/Erstufen unserer gegenwärtigen Seelenleben entsprechend — in ein rauchhaftes, elementarisches Wallen, Wirbeln und Kreisen verwandelt werden mußten, begeisterte Lebensformen, in denen das Barock von Borromini bis Pöppelmann mit dem schweifenden Formwesen indochinesischer Pagoden verschmolzen scheint, zu einem durchwegs zeitgemäß wirkenden Ganzen, das nur die sichtbarbare Bestätigung für neues, zuerst bloß literarisch aufgetretenes Verwandschaftsgefühl mit dem „Geist des Barock“ ist. Man sieht spiralförmig sich emporwindende mächtige „Volkensleuchter“, oder in sprühenden Formstrahlen etagenweise sich aufstrebende Porzellanlaternen, Kandelaber, Kronleuchter, große schneeförmige Kronleuchter, deren Masse in vielfachen Luftwirbeln zu berfliegen und sich selb in das durchschimmernde Licht der bestedten Glühbirnen zu verlieren scheint. Die Tiere, welche Meißel, Storz, Craniß usw. — auch wohl unter dem anregenden Einfluß Poelzigs — hinzugebracht haben, chinesisch anmutende Fabelwesen, Löwen, Rapageien, Luchse u. ä. schließen sich noch enger an die Überlieferungen der Manufaktur an, sie stellen zum Teil auch technisch bisher kaum erreichte Leistungen dar.

Erst aus dem Porzellan hier in einer völlig vom Aufzuge abgelösten gleichsam utopischen Verwendung entgegen, so zeigt die Ausstellung die Majolika, so wie sie die vorm. „Groß-Majolikafabrik Karlsruhe“ behandelt, in der Hauptstadt mehr praktischen Aufgaben zugewandt. Ein zweiter Hauptteil der Ausstellung zeigt außer schönen Kacheln nach Badischechem und Preussischem Entwurf, Zierwandplatten Scheurichs, Brunnenfiguren Waderles usw. vor allem die praktisch so wichtige Anwendung der Spiegelglänze, reitlichen, perlmutterschimmernden Fajenceplatten, Fajenceleufs, und Figuren zu umfangreichen bauplastischen, baubefordernden Zueiden: Beispiele der Verkleidung und skulpturellen Ausstattung des Erdgeschosses vom Kunstmesserschau Düll in Berlin. Die feier-

Eine Kritik der Finanzwirtschaft Helfferichs.

In einer Betrachtung über die Finanzwirtschaft des alten Deutschland schreibt der bekannte Finanzwissenschaftler Professor Dr. Julius Wolf in der „Germania“:

„Privater als das Deutsche Reich vor und im Kriege ist wohl kein anderer Staat mit der Finanzpolitik umgesprungen. Hunderte von Milliarden Goldmark kosten sollte. Daß dem so sei, wurde weder von den Militärs, noch von den Politikern, noch vom Reichsschatzamt begriffen. An eine ernsthafte Kriegsfinanzierung dachte man nicht. Nach meiner Schätzung überstiegen die Kriegskosten von vornherein um gut zwei Drittel die Finanzkraft des Reiches. Die Reichsfinanzbehörden versäumten aber nicht bloß, die jeweilige Finanzlage wahrheitsgetreu zu zeichnen, sie unterließen auch, um die Kriegsstimmung des Volkes nicht zu beeinträchtigen, das unbedingt gebotene Anziehen der Steuerstränge. Das Reichsschatzamt wäre mindestens verpflichtet gewesen, die Einnahmen auf der Höhe des Friedensbedarfs zuzüglich des Zins- und Amortisationserfordernisses für die im Kriege neu aufgenommenen Anleihen zu halten. Unter peinlichster Beachtung des Grades der Geldentwertung, mit der als Dauererscheinung zu rechnen flüchtig gebot. Was aber tat das Reichsschatzamt, ohne den Einspruch des Reichstages zu finden? Es erschloß dem Reiche kaum mehr Steuerquellen als ihm der Krieg verschüttet hatte. Mein starker Hinweis auf den engl. Steuerheroismus hörte wenig. Man hatte die Steuern, Englands Bestreben, die ungeheuren Kosten des Krieges zu einem höchstmöglichen Prozentsatz durch Steuern aufzubringen, als Eingeständnis seiner militärischen Schwäche zu deuten, obgleich es sich bei diesem Bestreben um eine festgenutzte englische Gewohnheit handelte, die sich besonders in den napoleonischen Kriegen bewährt hatte. Die Steuern vor neuen Steuern war aber noch nicht die größte der Sünden wider den heiligen Geist der Finanzpolitik. Das Reichsschatzamt mißachtete auch das elementarste finanzpolitische Erfordernis: die Sparsamkeit, sah seiner militärischen Inflation auf die Finger, erlaubte, daß man das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswarf.“

Die „Berl. Volksztg.“ bemerkt hierzu: Herr Helfferich will hier zwar nicht mit Namen genannt, aber seiner Finanzpolitik gelten die obigen Sätze der Beurteilung.

Die badische Schuljugend im Weltkrieg.

Einen interessanten Überblick über die Aufgaben, die unserer Schuljugend während des Weltkrieges oblag, gibt Reg.-Rat Dr. F. Heibelberger im „Badischen Beobachter“. Er schreibt:

„Ein großes deutsches Dankesfest zu Ehren aller derer, die im blutigen und opferreichen aller Völkerkriege ihr Höchstes eingesetzt haben für die Heimat, ist bei dem für uns unglücklichen Ausgang des Weltkrieges begreiflicher Weise unterblieben. Auch unserer Schuljugend hätte gedacht werden müssen bei einem solchen Feste. Denn sie hat nicht nur zahlreiche Kriegsfreiwillige gestellt, sondern es auch in der Heimat miterlebt, wie der Krieg — durch ihn zu Höchstleistungen angezogen — die deutsche Organisationsfähigkeit, die Gesamtheit unserer Nation erfaßt und nicht zuletzt auch von der Jugend geradezu erstaunliches an Arbeiten und Opfern gefordert hat.“

Es wird für die Geschichte der vergangenen Jahre nicht unbeachtet bleiben dürfen, wie der Weltkrieg langsam — mit zunehmender Dauer mehr und mehr — die Schuljugend zu Betätigungen auf den verschiedensten Gebieten herangezogen hat. Auch die von der badischen Unterrichtsverwaltung veröffentlichten amtlichen Verfügungen und Bekanntmachungen werden dabei als Quellen herangezogen können. Während der Einfluß des Krieges der Jahre 1870/71 auf die badische Schuljugend im „Verordnungsblatt des Gr. Bad. Oberschulrats“ nicht eine einzige Spur hinterlassen hat, gibt das „Verordnungsblatt des Gr. Ministeriums des Kultus und Unterrichts“ deutlich zu erkennen, wie der Kampf ums Dasein und schließlich die Not des Weltkrieges hinaufbringen bis in die einfachste Schulstufe des Schwarzwaldes, wie sie zuerst die obersten Jahrgänge der Schulen und schließlich auch die Kleinen in den Diensten des Vaterlandes stellen und alle die Größe des Völkerringens fühlen lassen.

Sich einfachen Standfiguren in rhytmischen Abständen vor den Pfeilensäulen zwischen den Fenstern verteilt, sind von dem Bildhauer Willy Schade hergestellt worden, der dem Material in seiner opalisierenden Farbigeit viele ruhige Flächenreize abzugewinnen vermag, und der auch gelegentlich überaus gelungene kleinere Einzelplastiken herzustellen weiß, wozu die Ausfertigung in der Darbietung einer nackten Frauengestalt ein vortreffliches Beispiel bietet. Mehr südlich kräftig und hant muten gegenüber den Schade'schen, monumental empfundenen Arbeiten die Leistungen Waterles, vor allem der hübsche Bierbrunnen im Vestibül der Kunsthalle an.

Majolika, wie sie hier durch hohen Brand fast völlig unzerstörbar und wetterfest gemacht worden ist, unterscheidet sich natürlich technisch nicht unwesentlich von der Fayence und ihrer Behandlung in Brand und Glasur, wie sie die Künstler der Karlsruhe' Fabrik für keramische Hieraufgaben verwenden. Von den ausgestellten Kleinplastiken in dem genannten Stoff, zu denen u. a. Fritz Behn seine Tiere, Württemberg seine (leider etwas vicaritätigen) Reliefs beigezeichnet haben, ragt besonders der noch ziemlich unbekannte Keroplastiker Wilhelm Lint, Forstheim, hervor, der in dem ganz lober, gleichsam bröcklich behandelten fett glasierten bräunlichen Material reizende malerische Tiergruppen (als Unica) fertigt. Bemalte Schalen und Teller, gebudelt, lüftiert und mit figürlichen sowie ornamentalen Dekor verziert hat Wilhelm Süß unter bewußtem Anschluß an die klassische Zeit der altitalienischen Majolika hergestellt (die mit einigen Beispielen in besonderer Virtuosität in der Ausstellung vertreten ist); er war es, der damit feinerzig der Karlsruhe' Fabrik und der Auswertung ihres Materials einen neuen rein kunstmäßigen Antrieb gegeben, während Hans Thoma mit seinen Fliesen und Tellern mehr vollständige, billige Steingutware herzustellen und ins Volk zu bringen unternahm.

Welcher erlebter Wirkungen freilich die Majolika als Stoff für Kacheln, Fliesen, Gefäße und Kleinplastik fähig ist, zeigt erst in vollstem Ausmaße die dritte große Abteilung der Ausstellung, die dem neuen Gesamtschaffen Max Lagers-Karlsruhe gewidmet ist. Man kennt die in Massenausgaben hergestellte ältere buntfarbige Lägerware mit ihren auf den Gefäßkörper plastisch aufgesetzten freien Pflanzenformen unter starker fetzglänzender Glasur. Diese im Gesamtdes des sogenannten Jugendstils um die Jahrhundertwende hergestellten Lägerplastiken fehlen in der Mannheimer Schau. Dagegen sind die später entstandenen (technisch noch ungefähr auf derselben Stufe stehenden) fabrikmäßig hergestellten Stücke im

Gleich nach Kriegsausbruch fehlten die allgemeinen Betätigungen an die Schulen ein. Den über 16 Jahre alten Schülern wurde der Eintritt in die Bad. Jugendwehr, die die militärische Vorbereitung unserer männlichen Jugend für den Kriegsdienst übernahm, nahegelegt, und die Mitwirkung der Schuljugend beim Roten Kreuz, in der Krankenpflege und im Hilfsdienst als wünschenswert empfohlen. Zeitweilige Befreiung vom Unterricht sollte der Jugend die Betätigung in landwirtschaftlichen, kaufmännischen und gewerblichen Betrieben der Eltern ermöglichen. Zur Mitwirkung in der Landwirtschaft wurden auf Ansuchen späterhin sogar die drei unteren Volksschuljahrgänge zeitweise beurlaubt. Endlich beteiligte sich die ältere Schülerschaft unserer höheren Lehranstalten an der Arbeit der für den landwirtschaftlichen Hilfsdienst eingerichteten Jungmannengruppen und trat der gegen Kriegsende ins Leben gerufenen, zusammenfassenden Organisation des Sammel- und Helferdienstes bei.

Während in den Volks- und höheren Mädchenschulen der Handarbeitsunterricht auf die Heeresbedürfnisse eingestellt wurde und so lange die erforderlichen Rohstoffe vorhanden waren, der Herstellung von Socken, Halsbinden, Ohrschützern, Leibbinden und Anwärtern gewidmet war, beteiligten sich die Mädchen außerhalb der Schule an der Einziehung von Beiträgen für den Hilfsverein deutscher Frauen, an den Sammlungen der vaterländischen Opfertage und an der Beschaffung von Weihnachtsspenden für unsere Truppen.

Obwohl die Kriegszeit kaum hinter uns liegt, liegt man heute nicht ohne Staunen vor der Fülle der Einzelaufträge, deren Erledigung unserer Schuljugend aufgetragen wurde. Seit dem Jahre 1915 wurde immer wieder aufgefodert, Pilze, Erdäpfel und Kofkastanien, Lindenblüten und Buchedern zu sammeln, die Ölgewinnung durch Anbau von Sonnenblumen, durch Sammlung von Steinöl, Bitumen- und Apfelsinenkernen zu fördern und an der Faserstoffgewinnung durch Beschaffung von Brennnesseln mitzuwirken. Daneben galt es, den Mangel an Importgütern durch Gewinnung einheimischer, zur Teerbereitung geeigneter Pflanzen zu beheben und Wälder der Erdbeere, Brombeere, Preiselbeere, Mösebeere usw. zu pflücken, während zur Verwertung als Kaffeeersatz die Früchte des Weidoborns erfaßt wurden. Der Obstnot sollte die Schuljugend durch Sammlung von Heidelbeeren, der Futtermot durch Sammelausflüge zur Raubvogelgewinnung steuern. Der Futtermittelbeschaffung für Schweine und Geflügel dienten die Maitätersammlungen, deren Erträge — wie merkwürdig das klingt — zur Trodnung an die Zuckerrüben in Waghäusel abgeführt werden mußten (1916).

In ausgedehnter Weise wurde die Schuljugend zur Bekämpfung der verschiedensten Schädlinge angehalten. Sie beteiligte sich beim Anlegen von Klebgürteln an Obstbäume zur Vernichtung von Fresspannerlarven, sie ging gegen die Käuseplage vor und war dabei, wo es galt, Unkraut auszurotten.

Nach der Art der Landeskultur traten besondere Aufgaben an die Schuljugend bestimmter Gegenden heran. In weinbaureicheren Gebieten mußte der Wein- und Sauerwurms bekämpft, in den Rebengebieten geerntet und geschwehrt werden, andernorts war die Sammlung von Datz oder, wo Schwälwälder vorhanden waren, die Mitwirkung der Volksschüler beim Klappen der Rinden zur Gerbstoffgewinnung in die Wege zu leiten. In den Ortschaften am Rhein halfen die Oberklassen der Volksschulen durch behördliche Weisung beim Schneiden der Weiden.

Während durch diese Arbeiten vornehmlich die Schuljugend in den ländlichen Gegenden beschäftigt wurde, sammelten die Schüler der Städte Wälder für unsere Feldgrauen, sie beteiligten sich an den Sammlungen von Kupfer, Messing, Zinn und anderen Metallen. Endlich mußte sich die Sammelstätigkeit der Jugend sogar auf Alteien erstrecken. Deutlich spiegelt sich die Not des Vaterlandes in der Aufforderung an die Schüler, mitzuwirken bei der Sammlung ausgefallener Frauenhaare und solcher von alten Pflanz- und Zylinderbüten. In Herbstzeiten wurde die ältere Schülerschaft angehalten, bei der Einholung der Kartoffel- und Lebensmittellagen mitzuwirken. Die immer wieder erforderlichen behördlichen Erhebungen veranlaßten die Unterrichtsverwaltung Schüler höherer Lehranstalten zur Aufnahme von Kartoffelbörtern, von Getreide- und Mehlbeständen und zur Mitwirkung bei Volkszählungen zu beurlauben.

Schließlich wurde unsere Schuljugend noch eingesetzt, um im vaterländischen Interesse als Aufklärungsgruppe auf weitere Volksteile zu wirken. Sie wurde hingewiesen darauf, daß kein Brotgetreide verfault werden dürfe, sie wurde über die Verwertung von Fallobst zur Herstellung von Marmelade belehrt, sie sollte in den Landorten auf pünktliche Ablieferung von Kartoffeln, Butter und Eier hinwirken und erhielt Auf-

strengeren Stil mit teppichhaften, jedoch flach aufliegenden Pflanzenmustern, orientalistisch jammertenden Götter usw. in prächtigen Beispielen vertreten. Die Sensation der Ausstellung bedeutet jedoch erst die neuesten Arbeiten Lagers, die von einem völligen Wandel seiner Art Zeugnis ablegen. Unter Einfluß edelster, altperischer Vorbilder hat der Künstler jetzt auf alle dekorativen, plastisch gehobenen Farbtontraste und -Effekte verzichtet. Die neuen Arbeiten zeigen verströmte und verhauchende Pflanzenformen, Tiere und Frauengestalten in sinnlich mythologischem Gesmach, gemalt auf Grund von einem unfaßbar tiefen naturartig wechselnden Blau und Grün oder in eben diesen Farben auf hellerem mattgelblichem Grund, alles unter einer milden oft ganz matten Glasur, deren verschiedene Dade, deren Eauqualeure vom Künstler meisterhaft ausgenutzt worden sind. Solche Arbeiten, die in allem und jedem die Zufälligkeiten von Material, Brand und Glasur zu verschwinden lassen, ausgenutzt zeigen, können natürlich nur als Unika bestehen. Ihre fabrikmäßig Vertriebsfähigkeit verbietet sich von selbst, auch dürfte für die unendlich distreten, beinahe geheimnisvollen Werte dieser Dinge, in denen sich abendländische und morgenländische Überlieferungen zu vermählen scheinen, kaum ein weiteres Publikum von Liebhabern zu gewinnen sein. Fast noch mehr gilt das von den allerneuesten Versuchen des Meisters auf dem Gebiet der keramischen Kleinplastik: Amphoren und Hippokratien sowie andere Meerwesen, von einer schillernden Glasur gleichsam triefend, zintensüßlich mit Frauengestalten in einem edlen rahmfarbenen Weiß, Teller und Schalen mit freien plastischen Figuren im Jazzen usw., lauter Dinge von einem mild-sinnlichen fast melancholischen Zauber, geboren aus einer tiefen Verwandtschaft der Künstlerseele mit dem geheimen und unbewußten Willen des Werkstoffes, erzeugt aus einem stillen Ringen der Elemente Wasser, Feuer, Luft und Erde unter der leitenden Obhut des Künstler-Schöpfergeistes.

Läger und Voelzig, die apollinische und die dionysische Künstlernatur, die eine formzerlegend und dem stürmischen Reich der Wolken und Düste, die andere mehr stille Gebilde herbeubringend, welche etwas von dem verborgenen Dasein in der Tiefe an sich zu haben scheinen; beide Künstlerpersönlichkeiten bieten wohl die nachhaltigsten, zum Nachdenken am meisten anregenden Eindrücke dieser originalen Mannheimer Ausstellung, welche gewiß ein Lebenszeichen ist für die ungebrochenen Kräfte, die gerade neuerdings durch die innigere Annäherung der „hohen“ Kunst und des Kunstgewerbes in Deutschland zu schöpferischem Willen erstanden sind.

Dr. G. F. Harlau (Mannheim).

klärung über die Kleiderlaus und deren Ansteckungsgefahr bei den verschiedensten übertragbaren Krankheiten.

Von der 3. Kriegsanleihe an erging im Schulverordnungsblatt jeweils auch an unsere Schulen die Befehung, sich an den Zeichnungen zu beteiligen. Durch Vermittlung unserer badischen öffentlichen Schulen wurden nach den vorliegenden Zusammenstellungen von der 4. Reichsanleihe an im ganzen über 24 Millionen Mark gezeichnet.

Mit all diesen von Seiten der Unterrichtsverwaltung in die Wege geleiteten Diensten war indessen die Tätigkeit unserer badischen Schuljugend im Kriege noch lange nicht erschöpft. Immer wieder hatte man Gelegenheit zu beobachten, daß bei den verschiedensten, allgemein angeordneten Maßnahmen gerade unsere Schüler und Schülerinnen mit am eifrigsten bei der Sache waren. Bei den Goldsammlungen hat z. B. eine einzige Klasse einer höheren Lehranstalt in Karlsruhe nicht weniger als 50 000 M. Gold abgeliefert.

Dürfen wir es bei diesen nur andeutungsweise genannten Kriegseinstellungen, die schließlich die eigentliche Schularbeit zu ersetzen drohten, und bei der Erwägung, daß Tausende unserer Schüler und Schülerinnen, deren Väter draußen auf den Schlachtfeldern standen, im häuslichen Kreise vor immer neue Aufgaben gestellt wurden, unserer badischen Schuljugend bedenken, wenn sie bei den für ungünstigen Ernährungverhältnissen häufiger als in Friedenszeiten die Behörde immer wieder herausforderte zu Bekanntmachungen, die die Lebensfrage trugen, „das Verhalten der Schuljugend betr.“?

Soweit ist gewiß: Solange man der Geldentwertung unserer deutschen Truppen, die im Kampf gegen eine Welt von Feinden jahrelang standhielten, gedanken wird solange wird man nicht vergessen dürfen, daß auch unsere badische Schuljugend unter Einsetzung aller Kräfte mitgeholfen hat, den Feind von unseren heimatischen Fluren fernzuhalten. Und daher wird die Geschichtsschreibung den kommenden Geschlechtern in Dankbarkeit auch von den Kriegsdiensten unserer Jugend in der Heimat erzählen müssen.“

Badische Übersicht. Ungarisches Konsulat.

* Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die kgl. Ungarische Regierung hat Herrn Labislaus von Felics zum kgl. Ungarischen Konsul in München ernannt. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch das Land Baden. Nachdem ihm vom Reich das Exequatur erteilt worden ist, wurde er zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

Die Verhaftungen in Freiburg i. B.

PA. Ein Berliner Blatt meldete gestern, daß in Freiburg i. B. mehrere Offiziere wegen Hochverrats verhaftet worden seien.

Die Meldung ist in dieser Form unrichtig. Richtig ist, daß in Freiburg zwei Personen, darunter ein Offizier a. D., wegen Vergehens gegen die Reichsbestimmungen über Geheimbund und Entwaffnung durch die Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen wurden. Von den beiden Verhafteten ist keiner aktiver Offizier.

Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen

* Der Pressedienst des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten überredet uns folgende Ausführungen mit der Bitte um Abdruck:

„Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 31. Mai, die jetzt erschienen ist, die Feuerungszulage, die den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu den Renten zusteht, die nach dem Reichsversorgungsgesetz gewährt werden, mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab von 25 auf 35 Prozent erhöht worden. Die Erhöhung der Feuerungszulage gilt auch für das den in den Krankenhäusern untergebrachten Kriegsbeschädigten zu gewährende Hausgeld. Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Einkommensgrenze vorgenommen worden, von der ab das Ruhen der Rente beginnt bzw. Elternrente gewährt wird. Bis jetzt hat das Ruhen der Rente dann begonnen wenn das steuerpflichtige Einkommen mehr als 5000 M. pro Jahr betragen hat. Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 wird eine Kürzung erst dann vorgenommen, wenn das steuerpflichtige Einkommen 7000 M. übersteigt. Elternrente wird künftighin unter den anderen im Reichsversorgungsgesetz vorgezeichneten Voraussetzungen dann gewährt, wenn die Eltern ein steuerpflichtiges Einkommen von weniger als 3000 M. pro Jahr haben. Da durch die Novelle zum Einkommensteuergesetz der Begriff „steuerpflichtiges Einkommen“ gefallen ist, wird das steuerpflichtige Einkommen im Sinne der §§ 45, 63 und 64 des Reichsversorgungsgesetzes von den Versorgungsbehörden in der Weise berechnet, daß von dem steuerbaren Einkommen für jede Person 1200 M. in Abzug gebracht werden. Das Ruhen der Rente beginnt also ab 1. Januar 1921, frühestens bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 8200 M. Dies gilt jedoch nur für ledige Kriegsbeschädigte oder alleinstehende Kriegswitwen. Für jede weitere zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählende Person werden weitere 1200 M. hinzu gerechnet, so daß z. B. die Kürzung der Rente bei einer Kriegswitwe mit zwei Kindern bei einem steuerbaren Einkommen von mehr als 10 600 M. beginnt. Für das Steuerrechnungsjahr 1921 beträgt der als steuerfrei hinzuzurechnende Betrag für jedes minderjährige Kind nicht mehr 1200 M., sondern 1800 M. Das Ruhen der Rente beginnt auch erst bei einem entsprechend höheren Einkommen.“

Elternrente steht nunmehr dann zu, wenn ein Elternteil ein steuerbares Einkommen von weniger als 4200 M. oder beide Elternteile ein solches von weniger als 5400 M. haben.

Diese Verbesserungen des Reichsversorgungsgesetzes haben ihren Ursprung in einer von dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen im Oktober v. J. an den Reichstag eingereichten Denkschrift, in der mehrere Anträge zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes gestellt sind. Nach vorausgegangenem Verhandlungen der Organisationen der Kriegsbeschädigten mit dem Reichsbund des Reichstags, der auf Veranlassung des Reichsbundes gebildet worden ist, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 4. Februar d. J. beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen die vorerwähnten Abänderungen des Reichsversorgungsgesetzes herbeizuführen. Eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz wird sich für die Dauer schon deshalb nicht umgehen lassen, weil in der Steuergesetzgebung seit Verabschiedung des Reichsversorgungsgesetzes mehrere Abänderungen vorgenommen worden sind, die der Ausführung des Reichsversorgungsgesetzes nachteilig sind. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten legt insbesondere Gewicht darauf, daß neben anderen notwendigen Verbesserungen auch ein größerer Teil der Versorgungsgebühre, als bisher zum Zweck der Anstellung auf einmal in Form einer Kapitalabfindung ausgezahlt werden kann.

Ausdrücklich zu betonen ist, daß die höhere Feuerungszulage nur zu den Renten zu gewähren ist, die tatsächlich nach dem Reichsversorgungsgesetz, nicht etwa nach früheren Gesetzen gezahlt werden.“

Literarische Neuerscheinungen.

Georg Terramare: Das Mädchen von Domremy. Roman. (1921. „Bla“, Wiener Literarische Anstalt, G. m. b. H. Wien-Leipzig. Preis der zwei vornehm ausgestatteten Bände 40 M.)

Ludwig Duna: Die Stiere von Rom. Ein Renaissance-Roman. (Mit Buchschmuck und Federzeichnungen von Fritz Buchholz, 424 Seiten. Gebunden 20 M. Verlag Grethlein & Co., Leipzig.)

Staatsanzeiger.

Mit Entschliessung des Staatsministeriums wurde Regierungsbaumeister Oskar Kohler bei der Kulturinspektion Heidelberg planmäßig angestellt.

Mit Entschliessung des Staatsministeriums wurden die Regierungssachverständigen Karl Söhler, Theobald Diebold, Dr. Otto Mayer, Hermann Specht zu Amtmännern ernannt.

Das Staatsministerium hat den Bezirksarzt Dr. Christian Barth von Staufen nach Willingen versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 21. Mai d. J. Gerichtsdirektor Emil Gomburger aus Karlsruhe zum Hilfsstaatsanwalt in Freiburg ernannt.

Das Ministerium des Innern hat den Oberrevisor Wittemann bei der Badischen Landesoberverwaltungsstelle hier zum Bezirksamt Wuden versetzt.

Verstorben:

am 12. Mai d. J.: Eisenbahnsekretär Andreas Wagenbach in Durlach.

am 26. Mai d. J.: Regierungsbaumeister Rolf Meesch in Karlsruhe.

am 17. Mai d. J.: Direktor Adolf Rugger an der Gewerbeschule in Emmendingen.

Rechnungsrat Christian Bardusch.

Das kgl. Ungarische Konsulat betr.

Die kgl. Ungarische Regierung hat Herrn Ladislav von Bekics zum kgl. Ungarischen Konsul in München ernannt. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch das Land Baden. Nachdem ihm vom Reich das Exequatur erteilt worden ist, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 20. Juni 1921.

Badisches Staatsministerium.

Ministerialabteilung für Präsidialfachen Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

Wohlfahrtspflege, hier das Gesuch des „Oberschlesier Hülfswerks“ in Berlin um Genehmigung von Sammlungen betr.

Dem „Oberschlesier Hülfswerk“ wird für das badische Staatsgebiet bis 1. August 1921 in widerruflicher Weise die Genehmigung zur Vornahme von Sammlungen von Geld, Werbematerial, Lebens- und Stärkungsmitteln, Wäsche, Kleidung und Schuhwaren zur Unterstützung der notleidenden deutschen Oberschlesier durch Aufrufe in Zeitungen und Druckschriften erteilt.

Außerdem wird gestattet, am Sonntag, den 3. Juli 1921 überall im Lande Baden und weiterhin am Sonntag, den 17. Juli 1921 in den Orten Baden, Badenweiler, Dürchein und St. Blasien eine Haus- und Straßenammlung vorzunehmen.

Karlsruhe, den 21. Juni 1921.

Badisches Ministerium des Innern.

Kemmler.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen zc.

der planmäßigen Beamten

sowie

Ernennungen, Versetzungen zc.

von außerplanmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Versetzt wurde in gleicher Eigenschaft:

die Hilfslehrer: Karl Stephan an der Handelsschule in Mannheim an jene in Rahr, Dipl.-Ingenieur Ludwig Neuter an der Gewerbeschule in Gernsbach an jene in Rastatt, Josef Summel an der Handelsschule Mannheim an jene in Pforzheim, Eugen Saur an der Gewerbeschule Karlsruhe an jene in Mannheim, Hermann Jaller an der Handelsschule Freiburg an jene in Wiesloch; die Hilfslehrerin Ruth Adermann in Mannheim an die Handelsschule nach Rahr.

Zugewiesen wurde:

Dr. Ing. Alfred Gersbach in Karlsruhe, als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Karlsruhe, Dipl.-Ing. Wilhelm Deutenmüller in Durlach, als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Gernsbach, Ludwig Weber in Mannheim, als Hilfslehrer der Handelsschule in Heidelberg, Theodor Blag in Heidelberg, als Hilfslehrer der Gewerbeschule in Heidelberg.

Beamtenentschiedung verließen:

Der Bülgerin Frieda Ruh an der physik. und Kerbenklinik in Freiburg, dem Amtsgehilfen Georg Waber an der Universität Heidelberg, dem Geizer Christof Meinger am Sammlungsgebäude Karlsruhe, dem Amtsgehilfen August Gumb, Pförtner Leo Wölfler, Laboranten Max Bink an der Universität Freiburg.

Planmäßig angestellt:

Zeichner Otto Vogelbacher an der Universität Freiburg, Amtsgehilfe Wilhelm Gaid an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Wirtschaftlerin Margarete Künze beim akadem. Krankenhaus in Heidelberg.

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:

Amtsgehilfe Johann Jakob Gaud beim Landesbühnen in Karlsruhe, Hausmeister Josef Buttenmüller beim Landesbühnen in Baden.

Verstorben:

Geizer Karl Eisenmann beim pharmakologischen Institut der Universität Freiburg.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Innern.

Versetzt:

Oberverwaltungssekretär Friedrich Böhler vom Bezirksamt Pforzheim zum Bezirksamt Konstanz.

Ernannt: Verwaltungsaktuar Rudolf Bassmir zum Oberverwaltungssekretär.

Zurückgesetzt: Büroinspektor August Foh beim Bezirksamt Freiburg auf sein Ansuchen.

— Verwaltungsjhof. —

Versetzt:

Anstaltsgärtner Ferdinand Mohr bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim unter Zurücknahme seiner Versetzung nach Illenau als Pfleger zur Anstalt Wiesloch.

Zurückgesetzt: Köchin Marie Brunner bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim auf Ansuchen.

Verstorben:

am 26. April d. J.: Pfleger Peter Anthes bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch;

am 7. Mai d. J.: die Pflegerin Maria Maier bei der Heil- und Pflegeanstalt Illenau;

am 16. Mai d. J.: Pfleger Sebastian Holzwarth bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Badisches Landestheater.

Freitag, den 24. Juni: Landestheater. Walpurgisnacht. Konzertthaus. Volksbühne Q 6 Der Biberpelz

Im Landestheater. Sa. 25. Ernst (Bunbury) 7. (12.00) — So. 26. Dritter Tag. Götterdämmerung. 4. (20.00) — Die. 28. Hansel und Gretel. Klein Idas Blumen. 6. (17.00) — Mi. 29. Volksbühne Q 6. Der Wildschütz. 7. (17.00) — Do. 30. Zum ersten Mal. Hildebrand. Ein Drama in 3 Akten von Heinrich Lilienfeld. 7. (12.00) — Fr. 1. Juli. Neu einstudiert. Die weiße Dame. 7. (17.00) — Sa. 2. Russischer Komödienabend: Die Spieler. Die Kulissen der Seele. Der Heiratsantrag. 7. (12.00) — So. 3. Letztes Auftreten von Helmut Neugebauer. Der Troubadour. 6. (20.00) — Mo. 4. Volksbühne. O. 7. Der Wildschütz. 7. (17.00).

Im Konzertthaus. Sommer-Operette. So. 3. Juli. Eröffnungsvorstellung. Zum ersten Mal. Der letzte Walzer. 6. (15.00). Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 25. Nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 27. an.

Gelegenheitskauf!

So lange Vorrat reicht: 1. Posten Herrenkleiderstoffe u. Reste im Preise weit zurückgesetzt. Lagerbesuch rentiert.

Val. Drach Kaiserstraße 174, III.

Praktische Säuglingskleidung

Abbildungen, Schnittmuster und Stickereivorlagen. Preis M. 3.20. Herausgegeben von der Werbestelle für deutsche Frauenskultur. Vereine, Organisationen usw. erhalten bei Bezug freier Partien einen steigenden Rabatt. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe (Baden), Karlsruherstraße 14.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3942 Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwisch. Wald- u. Karlsruherstr.

Wandbilderschmuck. Bildereinrahmungen. Inh.: W. Bertsch.

Auszug

aus der Gewinnliste der Geldlotterie zu Gunsten der Deutschlands-Spende für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge gezogen am 12., 13. u. 14. Mai 1921 in Berlin öffentlich unter notarieller Leitung u. behördlicher Aufsicht im Künstlerhaus, Bellevuestraße, worauf nachstehende Nummern der für Baden genehmigten Lose folgende Gewinne fielen:

- A. Gewinne zu je M. 1000.— Nr. 29874. B. Gewinne zu je M. 100.— Nr. 22617, 29498, 29614, 114397, 186945. C. Gewinne zu je M. 50.— Nr. 7828, 22429, 22694, 114129, 114374, 186294, 186367, 186472. D. Gewinne zu je M. 20.— Nr. 7812, 22001, 22024, 22073, 22449, 22535, 29189, 29018, 29713, 43232, 43783, 56017, 56067, 56664, 56867, 112157, 112690, 112871, 114481, 114600, 114648, 114668, 114937, 188013, 186451, 186468, 186580, 186690, 186747, 186914. E. Gewinne zu je M. 10.— Nr. 7632, 7708, 22284, 22481, 22726, 22865, 22949, 29018, 29713, 43232, 43783, 56017, 56067, 56664, 56867, 112157, 112690, 112871, 114481, 114600, 114648, 114668, 114937, 188013, 186451, 186468, 186580, 186690, 186747, 186914. F. Gewinne zu je M. 5.— Nr. 7009, 12, 70, 79, 142, 45, 245, 365, 93, 411, 26, 51, 527, 36, 659, 78, 722, 30, 40, 814, 33, 38, 80, 908, 17, 45, 51, 53, 63, 23039, 40, 50, 62, 66, 85, 128, 31, 39, 40, 249, 61, 96, 302, 27, 49, 59, 68, 81, 93, 401, 39, 82, 506, 16, 72, 79, 96, 605, 12, 23, 59, 84, 85, 89, 97, 701, 5, 13, 14, 16, 23, 25, 44, 86, 804, 86, 93, 99, 969, 97, 98, 29138, 95, 225, 81, 308, 68, 76, 87, 90, 474, 530, 50, 88, 624, 40, 66, 83, 722, 51, 84, 804, 14, 82, 935, 66, 76, 48005, 24, 90, 135, 275, 85, 353, 66, 80, 415, 20, 54, 80, 506, 53, 56, 627, 61, 714, 38, 69, 70, 76, 85, 832, 55, 75, 85, 907, 8, 46, 77, 56024, 86, 123, 28, 47, 74, 244, 334, 42, 49, 90, 442, 558, 69, 79, 98, 606, 8, 60, 62, 85, 705, 28, 31, 51, 52, 63, 74, 800, 28, 44, 63, 87, 906, 16, 33, 34, 43, 112010, 24, 96, 117, 34, 39, 74, 273, 331, 37, 49, 409, 504, 35, 718, 24, 58, 65, 836, 57, 907, 58, 114010, 12, 20, 81, 83, 98, 148, 222, 36, 90, 302, 61, 91, 423, 54, 96, 726, 48, 60, 68, 828, 74, 944, 45, 76, 186078, 97, 98, 103, 30, 68, 76, 257, 80, 303, 8, 18, 23, 39, 49, 86, 405, 50, 75, 85, 534, 607, 31, 33, 63, 97, 713, 24, 43, 44, 63, 72, 78, 811, 18, 30, 41, 91, 94, 997.

Die Generalagentur: Eberhard Feyer, von welcher die Gewinnliste eingelöst werden. R.344

Karlsruhe, den 22. Juni 1921.

Die weltberühmt. Passionsfestspiele

auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 m breit, 100 m tief, in Freiburg i. B. unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Brüder Adolf und Georg Falknacht. — Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm — Spieltage vom 16. Juli ab, jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. — Anfang 1/4 Uhr, Ende 7 Uhr, 1500 Mitwirkende. Ankunft und Prospekte kostenlos durch B. Gotthard, Freiburg i. B., Kaiserstraße 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. Die Festeitung. [K.334]

Amtliche Bekanntmachung.

Verlust von Inhaberpapieren betr.

6 Stück Sparkassenanleihen von 1919 à 1000 M. Reihe D Gruppe 255/60 Nr. 86

find abhanden gekommen.

Vor Ankauf wird gewarnt.

Karlsruhe, den 23. Juni 1921 R.882

Bezirksamt — Folgeabteilung b — D.3.99

Am 1. Juli ds. J., 9 Uhr vormittags, werden im Dienstzimmer 115, Schlossplatz 4/6, II. Stod, zum Zweck der Tilgung unserer 3 1/2 prozentigen Eisenbahnanleihen von jedem Buchstaben der Schuldverschreibungen öffentlich ausgesetzt:

auf 1. Februar 1922: 299 Stück vom Anleihen von 1875, Gesamtbetrag 1 374 800.— Mark,

auf 1. Mai 1922: 35 Stück vom Anleihen von 1900, Gesamtbetrag 245 000.— Mark.

Karlsruhe, den 23. Juni 1921. R.881

Bad. Staatsschuldverwaltung.

Bürgerliche Rechtspflege.

Aufgebot.

R.861.2. Rosbach. Der Tischlermeister Peter Müller in Rosbach hat beantragt, den verschollenen väterlichen Johann Adam Weidmann, geboren am 31. Mai 1872 in Redaritz, zuletzt wohnhaft gewesen in Rosbach, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf

Dienstag, 10. Jan. 1922, vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht unterzeichneten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls wird er für tot erklärt.

Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen erteilen können, werden aufgefordert, dies spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte anzuzeigen.

Rosbach, 17. Juni 1921.

Bad. Amtsgericht.

R.862. Pforzheim. Über das Vermögen des Fabrikanten Adam Sittel in Pforzheim, Erbprinzenstr. 34, wurde heute am 21. Juni 1921, nachmittags 8 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Herr Rechtsanwalt Dufner in Pforzheim wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 31. August 1921 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 18 zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des er-

nannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Wittwoch, 20. Juni 1921, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Wittwoch, 21. Sept. 1921, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. August 1921 Anzeige zu machen.

Pforzheim, 21. Juni 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A 4.

R.859. Rosbach. Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Rosbach vom 7. Juni 1921 ist das vom Ländl. Kreditverein Untersteffeln, e. G. m. u. H. in Untersteffeln auf den Namen des Dr. phil. Friedrich Gantler in Herrnsbach laufende Sparkbuchkonto 1376 Seite 335 Band V über 12177 M. 54 Pf. — Zwölftausendeinhundert siebenzig sieben M. 54 Pf. — für kraftlos erklärt worden.

Es ist Termin anberaumt vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 18 zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des er-

nannten oder die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Wittwoch, 20. Juni 1921, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Wittwoch, 21. Sept. 1921, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindeführer zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Bestehen der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 31. August 1921 Anzeige zu machen.

Pforzheim, 21. Juni 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Verf. Bekanntmachungen

Beim Grundbuchamt Mannheim ist die Stelle eines

R.342.2

Abteilungssekretärs

alsbald zu besetzen. Bewerber, welche die

Konkurrenzprüfung abgelegt haben, wollen ihre Meldung mit Angabe des Lebenslaufes und der Gehaltsansprüche bis zum

6. Juli bei der Direktion des Grundbuchamts einreichen.

Stellengefuch.

Ein in der Gemeindeverwaltung, Grundbuchamt, Stabsamt durchaus eingearbeiteter

Ratsschreibergehilfe

gewandter Maschinenschreiber sucht ein sofortigen Eintritt geeignete Stelle. Prima Zeugnisse stehen zur Verfügung. Angebote unter R.341 an die Expedition d. Karlsruh. Zeitg. erbeten.

Brennholz-

versteigerung

des Bad. Forstamtes Pforzheim am Montag, den 27. Juni d. J., früh 9 Uhr beginnend auf dem Seehaufe im Pagenstades aus verschiedenen Abteilungen des Staatswaldes „Pagenstades“: etwa 150 Ster Buchens, 1 Ster eichen und 130 Ster tanenenes Scheit- u. Prügelholz. Die Forstamts-Gastler in Eutingen, Bauer in Niefern und Kramet, Fehr und Stark in Seehaus, Post Würm, erteilen nähere Auskunft und zeigen das Holz auf Verlangen vor. R.817.2

Güterverkehr bad.-schweiz. Uebergänge-Schweiz.

Auf 17. Juni 1921 sind die Bestimmungen des Ausnahmetarifs Nr. 41 über die Beschaffenheit der Milchgefäße geändert worden. Näheres in unserem Tarif- u. Verkehrsanzeiger. R.862

Karlsruhe, 21. Juni 1921.

Eisenbahn-Generaldirektion.